

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Beste Zeitung des Bezirkes

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 2,00 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 1 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. — Gemeindevorstands-Girokonto Nr. 3. — Postcheckkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die tägliche Spalte 10 Pf. oberhalb des Haupttextes 12 Pf. im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Zeile 10 Pf. — Sonntags und Feiertagen 15 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 294

Dienstag den 19. Dezember 1922

88. Jahrgang

## Amthliche Bekanntmachung.

Auf Blatt 67 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Gebr. Sedlitz in Schmiedeberg, ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 9. August 1922 hat beschlossen, das Grundkapital unter den im Beschlusse angegebenen Bedingungen zu erhöhen um zwanzig Millionen Mark durch Ausgabe von zwanzigttausend Stück auf den Inhaber lautende Aktien zu je eintausend Mark. Die Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt nunmehr vierzig Millionen Mark und zerfällt in vierzigtausend Stück auf den Inhaber lautende Aktien zu je eintausend Mark. Der Gesellschaftsvertrag vom 13. November 1886 ist dementsprechend in § 8 durch Beschluß derselben Generalversammlung lt. Notariatsprotokoll vom gleichen Tage geändert worden. Protokoll ist erteilt: a) dem Gesellschaftsbeamten Otto Algen in Dresden, b) dem Gesellschaftsbeamten Adolf Friedrich in Dresden. Jeder von ihnen ist berechtigt, die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitgliede oder mit einem anderen Prokuristen zu vertreten. 1 A Reg. 79/22.

Amtsgericht Dippoldiswalde, den 11. Dezember 1922.

## Vertliches und Sachliches

Dippoldiswalde. War die Wohnungsmiete bis Ende September eine Ausgabe, die — gemessen am Geldwerte — im Haushalt Bedeutung überhaupt nicht hatte, so ist das für das laufende Vierteljahr schon ein klein wenig anders geworden. Eine ganz bedeutende Erhöhung aber tritt aus zwingenden Gründen am 1. Januar ein. Die jetzigen Wohnungsmieten stehen mit den im Angehörigen steigenden Unterhaltungs- und Betriebskosten eines Hauses in keinem, aber auch gar keinem Verhältnis mehr. Das hat auch die sächsische Regierung eingesehen und in einer neuerlichen Ausführungsverordnung zum Ausdruck gebracht. Als Folge davon ist man jetzt in allen Orten, in denen gesetzliche Miete gilt, mit der Neufestsetzung der Zuschläge zur Grundmiete beschäftigt, so auch in Dippoldiswalde. Zu diesem Zwecke hörte der Rat wieder die aus Mietern und Vermietern, den Mitgliedern des Mieteneinigungsamtes usw. bestehende Sachverständigenkommission, die sich nach längerer Aussprache unter Berücksichtigung der erwähnten Ausführungsverordnung auf bestimmte Sätze einigte, die der Rat anderntags zum Beschluß erhob. Hiernach gelten ab 1. 1. 23 für die gesetzliche Miete in Dippoldiswalde folgende Zuschläge zur Grundmiete (85% der Miete vom Juli 1914): Zinsendienst 40%, Betriebskosten 600% (einschließlich Vergütung für den Hausbesitzer, aber ausschließlich Hauslicht und Wasser, über die besonders abzurechnen ist), laufende Instandhaltung 70% (hierbei fällt die innere Vorrichtung der Wohnung, wie Streichen der Wände, Dielen, Türen, Innenseiten, Einlegen der Gummiplättchen in die Wasserhähne, Erneuerung der Hähnhähnen usw., dem Mieter zur Last), große Instandsetzungen 75%, insgesamt also 1415% Zuschlag, sodaß also einschließlich der Grundmiete selbst 1515% derselben erhoben werden. 100 M. Friedensmiete betragen demnach 1287,75 M. gesetzliche Miete ab 1. 1. 23. Für den Zinsendienst ist maßgebend der Sparzinsfuß für 1. Hypothek; angenommen ist dabei eine durchschnittliche Belastung der Grundstücke von 80% des Wertes. Beim Betriebskostenzuschlag ist mit der bisherigen Höhe der Brandhölle von 11 und 80 Pf. für die Einheit gerechnet. Bereits in der erwähnten Kommissionsberatung aber wurde von mehreren Seiten darauf hingewiesen, daß im neuen Jahre mit bedeutend höheren Sätzen zu rechnen sei. Genannt wurden 4 und 7 M. für die Einheit. Das klingt ungläubig. Immerhin, sollte es der Fall sein, so müßte der Betriebskostenzuschlag mindestens verdoppelt werden. Wenn man dazu gekommen ist, das Vorrecht der Wohnung dem Mieter zu zubehalten, so deshalb, weil man das für das billigste Wirtschaften hielt, da jeder Mieter das ureigenste Interesse hat, die Wohnung zu schonen. Weiter aber wird dadurch vermieden, daß derjenige Mieter, der seine Wohnung gut hält, mit bezahlen muß für den, der sie weniger gut oder gar schlecht hält, was aber dann eintritt, wenn das Vorrecht der Wohnung eines Hauses in insgesamt auf die Mieten umgelegt werden muß. Notwendige Vorrichtungen muß allerdings der Mieter vornehmen; da gibt es unter Umständen denselben Zwang, der gegen den Hausbesitzer in bezug auf Instandhaltung des Hauses überhaupt zur Anwendung kommen kann. Nach der erwähnten Verordnung war für Dippoldiswalde an sich der bisherige Satz für laufende Instandhaltung (150%) zu verzeichnen. Er hätte also 1500% betragen, wurde aber auf 700% herabgesetzt, während die restlichen 800% dem Mieter für das Instandhalten seiner Wohnung verbleiben. Für große Instandsetzungen sind vorläufig wieder nur 75% eingelegt und zwar auf Entzinsen „von oben“, da hierfür eine besondere Regelung vorgesehen zu sein scheint, die aber noch bearbeitet wird. In sich sind diese 75% so gut wie nichts bei den heutigen Kosten für Bauarbeiten. Zur genaueren Regelung der ganzen Angelegenheit hat der Rat ein Ortsgesetz ausgearbeitet und von der genannten Kommission begutachten lassen. Nach seiner Genehmigung wird es wahrscheinlich in Druck gelegt. — Neben der gesetzlichen Miete besteht nach wie vor die freie oder vereinbarte Miete.

Eine Sitzung des Landwirtschaftlichen Vereins am vorigen Sonnabend erregte sich, wohl des schönen Winterwetters wegen, das den Verkehr mit Schritten möglich machte, eines recht guten Besuchs. Nach kurzen Begrüßungsworten und Hinweis auf die Wichtigkeit des Vortrags, etwas dieser Versammlung für jeden praktischen Landwirt, erteilte der Vorsitzende, Dekonomierat Welde-Oberhölz, dem als Redner gemonnenen Landwirt, Schriftführer Carl Schöppach das Wort zu dem Vortrage: „Fehler in der Anwendung künstlicher Düngemittel.“ Redner führte aus,

daß jeder Landwirt glaube, die richtige Anwendung der Düngemittel zu verstehen, und daß ihm doch wieder Fehler unterließen. Schwer sei es dann, das dem Boden zugeführte wieder auszuwaschen. War dies vor dem Kriege eher möglich, wo uns alle Düngemittel der Welt zur Verfügung standen, da wir zahlen konnten, so müsse jetzt haushälterisch umgegangen werden. Wollte man einen Vergleich anstellen mit der Vorkriegszeit, so sei es dienlich, sich zu vergegenwärtigen, daß wir 1913, in einem Rekordjahr, für 3 Milliarden Düngemittel einfuhrten, wofür wir jetzt bei 2000fachem Dollarstande 60 Millionen Papiermark aufwenden müßten. Festgestellt müsse werden, daß wir jetzt stark lauer reagierende Böden hätten und daß darum die Kalkfrage die brennendste sei. Die wenigsten Landwirte erkennen aber, welche Werte Kalkdüngung hervorbringen könne. Kali und Phosphorsäure würden immer zu berücksichtigen sein. Er verbreitete sich dann eingehend über den Wert der einzelnen Düngemittel. Kali, Stickstoff und Phosphorsäure müßten als Bodendüngung angesehen werden. Mit Anwendung der Kalksalze werde meist zu spät vorgegangen. Herbst- und Winterdüngung sei hier empfehlenswert. Während uns Kalk und Kali in ausreichender Menge im Reiche zur Verfügung ständen, sei dies bei Phosphorsäure nicht der Fall. Hier sei Ausschließung schwerlöslicher Böden durch Mehrbau von Leguminosen und Kreuzblättern von ausschlaggebender Bedeutung. Auch Thomasmehl sei rar geworden, teils weil es aus jetzt abgetretenen Gebieten bezogen wurde, teils weil im Reiche Hochöfen abgeblasen wurden. Eine eingehende Beleuchtung fand dann noch die Stickstoffdüngung. Diese Düngemittel seien vor dem Kriege wenig verwendet worden, einmal, weil sie gegenüber andern verhältnismäßig teuer waren, und dann, weil sie oft, verkehrt angewendet, nicht den erwünschten Erfolg brachten. Jetzt wird das doppelte Quantum verwendet; die im Kriege erfindenden Fabriken lieferten das Düngemittel zu einem noch leidlich günstigen Preis. Nicht einerlei sei es aber, welcher Stickstoff angewendet werde, denn selbst schwefelhaltiges Ammoniak sei verschieden, je nachdem es aus Koherolen oder Gasanfallenen stamme. Nachdem noch Chilisalpeter entsprechende Würdigung gefunden, empfahl der Redner verschiedene mitgebrachte Flugblätter und Schriften, die das im Vortrage ausgeführte nachhaltiger vor Augen führen als das gesprochene Wort. Er betonte dabei an Hand von Darstellungen auch noch, daß nicht das dem Kaufpreis nach billigste Düngemittel auch wirklich das billigste in der Verwendung und im Nutzen sei, daß hier das teuerste auch die besten Erfolge bringe und dadurch das billigste werde. Zum Schluß sprach er die Hoffnung aus, daß wir in kurzer Zeit noch dazu kommen könnten, unser Volk auf heimischem Boden zu ernähren. Die außerordentlich lehrreichen und interessanten Ausführungen fanden den gebührenden Beifall. Eine Debatte schloß sich an. In ihr gab Herr Schöppach noch manch praktischen Wink und guten Rat, gab auch Ausschluß über die Jodid-Jodat-Methode zur Feststellung von sauren oder alkalischen Böden und anderem. Einige kleine Anfragen fanden Erledigung. Kenntnis nahm man auch von einem Vorkommnis bei Verleserung mit verbilligten Kartoffeln an eine Großfirma. Deren Vorgehen rief allgemeine Entrüstung hervor. Die nächste Sitzung wird Ende Januar stattfinden. Ueber einen Redner wurde man sich noch nicht schlüssig.

Eine Weihnachtsfeier voll Jugendlust und Jugendfreude, aber sich immer der straffen Zucht seines Präsidenten fühlend, feierte am Sonnabend der Verein „Glück zu!“ in Gegenwart einer großen Anzahl von Vereinsdamen und anderer Gäste die Präsidie Sasse herzlich begrüßte, worauf Kommitte Hellig als Weihnachtsmann in langem, weitem Warte erschien und unter dem strahlenden Christbaum an Damen und Herren, die von vielen Seiten gependelten Gaben verteilte, einer jeden eine treffende, beflüssigende Bemerkung beifügte. Erste Vergangenheitsgedanken rief hervor die Erzählung des Kommissionsrats Gabische von einer Weihnachtsfeier an Bord eines deutschen Dampfers vor der englischen Insel Trinidad (Westindien), die mit derbetragten Zukunfts Hoffnungen schloß. Bei aller Lust und Fröhlichkeit, die auch durch den Gesang vielerlieder zum Ausdruck kam, vergaß man nicht der Gegenwart, indem bei Geldsammlungen für die Altershilfe und Kinderbewahranstalt reiche Spenden eingelegt wurden.

Getern war „Silberner Sonntag“, ein Tag, an dem, wie der Name schon sagt, unsere Geschäftsleute nächst dem „goldenen“ Sonntag den größten Umsatz erzielen sollten. Und da letzterer gleichzeitig der Heilige Abend ist, hätte man wohl überhaupt schon auf einen „goldenen“ rechnen dürfen. Doch nichts war an dem. Vielleicht war etwas mehr Leben in der Stadt als sonst an Wintersonntagen, aber das Schellengelächel der vielen kommenden Schritten von einm, das Gedränge auf den Straßen, das Stehen und Warten in den Läden fehlte ganz. Nur hier und da sah man Käufer. Der „Abende“ und „Wissende“ hatte schon im August eingelaufen — wenn er damals das Geld zum Kaufen hatte — und bei den Meisten fehlt es auch heute noch. Ohne Frage hat die Kaufkraft aller Stände ganz merklich nachgelassen, und das zeigt sich stark im jetzigen Weihnachtsgeschäft. Die Ausstellungen in den Fenstern und im Innern der Läden zeigten, daß unsere Geschäftswelt an der Nüchternheit nichts eingebüßt hat und daß man heute eigentlich wieder alles kaufen kann, wenn man nur das nötige Geld hat. Wodurch das Geschäft in den letzten Tagen vor dem Feste noch recht flott gehen. Dazu gehört aber auch ein Anpreisen der Waren, ein Inzerat in der Zeitung, und daran mangelt es mitunter noch oft.

Eine Besprechung bzw. Austunsterklärung über das kirchliche Rotopfer sollte am Sonnabend abend im Konfirmandenzimmer der Pfarre stattfinden. Es hatten sich aber nur ganz wenige Personen eingefunden, solche, von denen man wohl annehmen darf, daß sie eher Auskünfte geben, denn sich solche holen wollten. Darum darf man wohl schließen, daß alle, vielleicht auch durch die Sprechsaalartikel in dieser Zeitung, genügend über die Notwendigkeit des kirchlichen Rotopfers unterrichtet sind und daß sie deshalb auch gern der Kirche in der schwersten Zeit geben, was diese braucht, je nachdem, was der einzelne aben kann.

Die Reichsbahndirektion hat, wie wir in letzter Nummer mitteilten, für die Sperr-Sonntage und deren Portage neue Zusatzpaare eingelegt. Doch sie damit dem Sportverkehr gebent hat, beweisen der letzte Sonnabend und Sonntag. Alle Züge, scharfplanmäßige wie Sonderzüge, waren voll besetzt. Wintunter trafen sie mit einzigen Minuten Verspätung ein, im allgemeinen widelte sich aber der Verkehr

glatt ab. In Hainsberg war das Auf und Ab auf der Treppe zu den Bahnsteigen der Vorortbahnen mitunter lebensgefährlich, weil jedes im Lausfritt sich einen Platz erobern wollte — als ob nicht alle „mittämen“. Ein Wald von Schneehühen verließ in Ripdorf den Zug. Das Wetter war zur Ausübung des Sports recht günstig. Wenn es auch bei uns taute, am Abend sogar regnete, so waren in den höheren Lagen doch noch einige Grad Kälte, und der Schneehügel glitt gut über die weiße Fläche dahin. Die vergangene Nacht brachte auch bei uns wieder Temperaturrückgang. Vielleicht hält das Sportwetter auch noch über die Feiertage aus. Schnee zu Weihnachten läßt das Fest gleich viel weihnachtlicher sein.

Der Unterricht vor dem Weihnachtsfeste wird an der Deutschen Mänterschule am Mittwoch, 20. Dezember, vorm. 11 Uhr, an der Bürgerchule Sonnabend, 23. Dezember, mittags geschlossen werden.

Kohlenhändler Braune hier hat für die „Altershilfe“ sowie für Kinderbewahranstalt und Gemeindediakonie 100 Ztr. Breikets unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Verteilung erfolgt noch diese Woche.

Die nächste Tuberkulose-Sprechstunde findet Mittwoch den 20. d. M. von früh 8 Uhr an im Diakoniat statt. Mutterberatungs-Sprechstunde Donnerstag den 21. d. M. von 2 bis 3 Uhr ebendasselbst.

In der am Sonnabend in Schmiedeberg stattgefundenen Versammlung des Pädagogischen Vereins berichtete Oberlehrer Fleischer über die Hauptversammlung der Krankenkasse, deren Hauptpunkte zeitgemäße Erhöhung der Krankengelder und natürlich auch der Beiträge bildete. Oberlehrer Günther gab Bericht über Besprechungen des Bezirkslehrerrates und wurde festgesetzt, daß alle Beschlüsse des Bezirkslehrerrates, die keinen Widerspruch des Bezirkschulrates gefunden haben und den Lehrern des Bezirks bekannt gegeben worden sind, für dieselben bindend sind. Bezirkschulrat Sturm verlas eine Verordnung des Kultusministeriums, nach der Anmeldungen zur Beteiligung an Lehrgängen zur Einführung in den Arbeitsunterricht in der Höheren Schule bis Ende dieses Monats an ihn zu richten sind. Darauf hielt Lehrer Rieche-Alberndorf einen von viel Liebe und praktischer Erwägung für die Erziehung der Kinder zeugenden Vortrag über „Schule und Elternhaus“, dem er folgende Grundsätze unterlegte: Pflege besserer Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus erfordert 1. schärfere Erkenntnis der Schulziele von Seiten der Eltern (Emporbildung des Kindes zur Persönlichkeit), 2. besseres Verständnis für die Arbeitswege und Erziehungsmittel der Schule (stete Beobachtung der Kinder), 3. möglichst übereinstimmende Beeinflussung der Kinder in Schule und Haus, 4. Anbahnung und Ausbau eines für beide Teile segensreichen Verkehrs (Elternabend, in gegliederten Schulen Klassenelternabende, Schulbesuch der Eltern, Sprechstunden, persönlicher Verkehr).

Altenberg. Zu den Folgeerscheinungen des jüngsten Unwetters gehörte es, daß sämtliche drei Turmhühner unserer Stadt ihren Dienst versagten und ihren Stundenlohn tagelang einstellten.

Am 1. Weihnachtsfeiertag beabsichtigt der St. Nikolai-Altar seine Vereinsweihnachtsfeier abzuhalten, am 31. Dezember die Kinderläufe.

Glauchau. Auch von unserer Bahnhofsstation aus sind Grenzschmuggelien mehrfach beobachtet und solche Warenhändler auch erwischt worden. Erst vergangene Woche gelang es wieder, eine bisher mit der Bahn gebrachte und auf der Güterexpedition gelagerte Kiste mit Schokolade und Zuckerwaren zu beschlagnahmen und die Schmuggler zu verhaften.

Gummersort. Auf Veranlassung von Gemeindevorstand Hähnel wurde eine Körnermahlung veranstaltet. Etwa 25 Ztr. Getreide konnten an hiesige Alleinrentner und Ortsarme verteilt werden.

Freital. In die Vergiftungsangelegenheit, die eine hiesige Familie nach dem Genusse von Haserfloden betraf, hat nunmehr die Staatsanwaltschaft eingegriffen. Es wurde festgestellt, daß in den genossenen Haserfloden Arsenik war. Im Befinden der erkrankten Familienmitglieder hat sich wenig geändert.

Weißeritz. Zur Erhaltung des Wehner Doms als evangelische Kulturstätte hat sich hier der „Wehner Domverein“ gebildet. Er macht sich die Unterstüzung baulicher Erhaltung des Doms sowie die Sicherung des bisherigen regelmäßigen evangelischen Gottesdienstes darin zur Aufgabe. Der Dom ist bekanntlich die älteste evangelische Kirche des ehemaligen Markgrafentums und die erste evangelische Kirche Sachsens. In ihr ist bei der großen Visitation von 1539 die erste evangelische Predigt gehalten worden.

Weißeritz. Wie berichtet wurde, sind aus der staatlichen Porzellanmanufaktur große Mengen Gebrauchsgegenstände durch diebische Angestellte im Laufe der Zeit entwendet worden. Den Nachforschungen der Polizei gelang es, gestohlene Gebrauchsgegenstände im Werte von etwa 5 Millionen wieder herbeizuschaffen. Es können noch keine Angaben darüber gemacht werden, wie hoch sich der Wert der Diebesbeute überhaupt stellt, da noch kein Verzeichnis derselben vorliegt.

Pirna. Am Freitag nachmittags gingen die Pferde eines am Güterbahnhof haltenden Geschirrs durch und rasten die Gartenstraße entlang. Beim Einbiegen in die Grohmannstraße rannte das eine Pferd gegen einen Baum und verlor sich so schwer, daß es an Ort und Stelle abgeschlachtet werden mußte. Personen kamen nicht zu Schaden.

Geithain. Hier wurde ein Brautpaar verhaftet, das in der letzten Zeit verschiedene Eintrübe verübt und sich allerhand Gebrauchsgegenstände für den künftigen Haushalt zusammengekauft hatte. In einer verschlossenen Lade und hinter einer mit einem Schranke verstellten Türe fand man u. a. 4 Ztr. Roggen und andere Lebensmittel.

# Deutscher Reichstag.

Schluss der Sitzung vom 15. Dezember.

## Die zweite Sitzung.

Nach Wiederaufnahme der Beratungen wird die Reichshaushaltsordnung mit verfassungsmäßiger Zweidrittelmehrheit gegen die Kommunisten angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die Abänderung des Zwangsanleihegesetzes. Die Reichsversammlung beginnt bei einem Vermögen von 200 000 Mark. Die Höchstgrenze für das Ergebnis der Anleihe wird gestrichen. Nach einem Ausschussbeschluss sollen die landwirtschaftlichen Kreditkassen von der Anleihe befreit werden. Ein gemeinsamer Antrag der Bürgerlichen verlangt, dass die im Juli und August 1922 eingezahlten Beträge mit doppeltem Werte, die Septemberbeträge mit anderthalbfachen und die Oktoberbeträge mit einviertelfachem Wert auf die Zwangsanleihe angerechnet werden sollen. Eine sozialdemokratische Entschließung fordert die Regierung auf, die für die Zwangsanleihe geltenden Bewerzungsvorschriften der Wertminderung und der Preissteigerung anzupassen, insbesondere die Wertminderung des land- und forstwirtschaftlichen Grund und Bodens zu berücksichtigen.

Nach kurzer Debatte wird der Gesetzesentwurf in zweiter Lesung unter Ablehnung aller Abänderungsanträge angenommen.

— Berlin, den 16. Dezember 1922.

Der neue Entwurf über Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung wird der Ausschussberatung überwiesen.

Es folgt die zweite Lesung der Novelle zum Erbschaftsteuergesetz. Durch die Änderung soll der Geschäftsbetrieb vereinfacht werden. Besonders wichtig ist die Bestimmung des neuen Paragraphen 81, wonach der Termin zur mündlichen Verhandlung auf Grund der Klage erst nach Zahlung der Prozessgebühren bestimmt werden soll. Das Gesetz wird nach den Ausschussbeschlüssen auch in dritter Lesung angenommen. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes zur

## Änderung des Einkommensteuergesetzes.

Abg. Soltmann (Soz.) lehnt die Vorlage namens seiner Partei als steuerliche Begünstigung der Besitzenden ab, die in schreiendem Widerspruch steht zu der Tatsache, dass sich die Steuerlasten der Lohn- und Gehaltsempfänger von Monat zu Monat steigern.

Die Vorlage wird unter Ablehnung der sozialdemokratischen Änderungsanträge nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Das Haus tritt ein in die dritte Beratung des Gesetzes über die

## Zwangsanleihe.

Abg. Dr. Herz (Soz.) fordert, dass die Zwangsanleihe die Verpflichtungen des Steuerkompromisses erfülle. Hier aber geht man über die getroffenen Vereinbarungen gegen Treu und Glauben einfach hinweg. Die Vorlage ist völlig unzulänglich.

Abg. Dr. Hefferich (Dnt.): Wir haben kein Interesse am Zustandekommen dieses Gesetzes. Wenn man aber die Kreditnot leugnet, so soll man sich einmal den Reichsbankausweis ansehen. Die „Frankfurter Zeitung“ sogar hat darauf verwiesen, dass durch die Zwangsanleihe die Lösung des Reparationsproblems erschwert wird. Die Rezepte der Sozialdemokraten erschweren diese Lösung noch mehr.

In einfacher Abstimmung werden die einzelnen Bestimmungen in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Eine von den Sozialdemokraten beantragte namentliche Abstimmung soll später erfolgen.

## Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über das

## Ruhegehalt des Reichspräsidenten.

Abg. Schuß-Bromberg (Dnt.) lehnt die Vorlage ab. Der Reichspräsident ist kein Beamter. Auch andere Staaten, wie Amerika, haben ein Ruhegehalt für den Präsidenten immer abgelehnt.

Der Entwurf wird gegen die Deutschnationalen und Kommunisten angenommen und anschließend in dritter Lesung verabschiedet.

Das Haus tritt ein in die dritte Beratung des 7. Nachtrags zum Haushalt 1922.

Abg. Dr. Hefferich (Dnt.) weist auf die gewaltigen Rissen des Etats hin und verlangt eine Erklärung der Regierung über die Befähigungskosten. Die Ausgaben für die Befähigung erfordern jährlich rund 1 Milliarde 600 Millionen Goldmark allein für die Befähigung des Rheinlandes. (Lehrt, hört, hört!) Das ist ein Mehr von 60 Proz. gegenüber den Ausgaben, die unser gesamtes deutsches Meer mit Einschluß der Flotte im Frieden erfordert hat. (Erneut lehrt, hört, hört.)

Staatssekretär Japs verweist in Beantwortung der von Barredner gestellten Anfrage auf das Abkommen vom 11. März 1922 auf der Pariser Finanzkonferenz und auf ein Schreiben der Reparationskommission vom Mai, das das deutsche Kriegslastenkommission in Paris amtlich mitgeteilt wurde. Daraus ergibt sich, dass Barzahlungen den Reiches für 1922 an sich nicht obliegen. Allerdings ist von einem Teil der Befähigungsmächte noch die Leistung von Vorleistungen für Goldzahlungen gefordert. Solche Zahlungen sind geleistet worden unter Vorbehalt. Allerdings werden bis zur Höhe von 220 Millionen Goldmark die Zahlungen in Deutschland auf die Befähigungskosten verrechnet. Der Mehrbetrag geht auf Reparationskonto.

Beim Marinetat fordert Abg. Kubitz (Soz.) Erziehung der neu bewilligten Stelle eines neuen Ingenieur-Abteilungs. Der Erziehungsantrag wird mit 170 gegen 136 Stimmen abgelehnt. Auch die einzelnen Haushaltsstellen werden genehmigt.

Es folgt die von den Sozialdemokraten beantragte namentliche Abstimmung zur Zwangsanleihe. Der sozialdemokratische Antrag wurde mit 183 gegen 135 Stimmen abgelehnt. In der Gesamtstimmabstimmung wird das Gesetz gegen die Kommunisten angenommen.

Darauf wurde der 7. Nachtrag zum Reichshaushalt in dritter Lesung angenommen.

Abg. Soltmann-Ludwigshafen (Str.) begründet sodann einen Antrag, der Freistellung für Kirchenvereine fordert, die infolge der Kriegsverordnungen ihre Glöden abliefern mußten. Dieser Antrag wird angenommen.

Angenommen wird ein Ausschussantrag, der eine genügende Menge Muzbader zu erschwinglichem Preise für die Bevölkerung verlangt.

## Der Handel mit Edelmetallen.

Ein Antrag Herz (Dnt.) fordert einen Gesetzesentwurf, wonach vom 1. Januar ab der Ankauf von Edelmetallen, Juwelen und Altmetallen der Genehmigung bedarf. Ein Regierungsbereiter erklärt, daß ein entsprechender Gesetzesentwurf im Januar dem Reichstage zugehen werde. Der Antrag wird angenommen.

Ein Antrag, der eine Denkschrift über die selbstständig stehende Gehalts- und Lohnkala fordert, wird angenommen.

Die nächste Sitzung findet in den Tagen zwischen dem 10. und 17. Januar statt.

# Französische Intriguen!

Die Abrüstungskonferenz der Randstaaten in Moskau ist, kaum begonnen, abgebrochen worden. Wie die Berichterstatter melden, infolge der Forderung der ehemaligen russischen Randstaaten, daß nur politische Abmachungen unterzeichnet, die militärischen Fragen erst drei Monate nach der Ratifikation jener beraten werden sollen. Daß aber so schnell und unverhüllt der Abbruch eintreten werde, das hat man nicht geglaubt. Die Sowjetregierung schiebt die Schuld den Randstaaten in die Schuhe, die, unter dem starken Einfluß Frankreichs stehend, nicht frei handeln können, sondern mit gebundener Marschroute nach Moskau gekommen seien. Darin dürfte tatsächlich der Grund zum Scheitern der Konferenz zu suchen sein. In dem Willen Russlands, die Last seiner Rüstung zu vermindern, vorläufig mit den ehemaligen russischen Randstaaten in ein erträgliches Verhältnis zu kommen, kurz, an dem Willen der Sowjetregierung, zu einem wirklichen Frieden, zu einem erträglichen nachbarlichen Verhältnis, kann nicht gezweifelt werden. Dem jedoch steht die französische Ostpolitik schroff entgegen. Und das auf Grund seiner Stellung gegen Deutschland wie gegen das Sowjetregime. Die ehemaligen Randstaaten verdanken zum Teil ihr Entstehen der Politik Frankreichs, die um Deutschland herum einen Ring von Feinden ziehen wollte, von Feinden, deren leidenschaftlicher Deutschenhaß die Entgermanisierung des Ostens durchzuführen sollte. Frankreich hat immer wieder versucht, die Randstaaten zu einem Bündnis zusammenzuschließen, zu einem militärischen Bündnis, das mit Hilfe Frankreichs die Macht im Osten halten soll, zu einem politischen Bündnis, das die baltischen Staaten unter Führung Polens in vollkommene Abhängigkeit von Frankreich bringen sollte. In Warschau, Reval und Riga kamen die Minister verschiebene Male zusammen. Entwürfe wurden ausgearbeitet, aber zu einem Bündnis kam es nicht. Das Mißtrauen gegeneinander war zu groß, man tritt sich um Landstrecken und Städte und wollte sich vor allen Dingen nicht in volle Abhängigkeit von Polen begeben.

Es gelang indes der französischen Politik, durch Verträge mit den einzelnen Staaten sich stärksten Einfluß zu sichern. In Wirtschaftsverträgen vermochte es sich z. B. in Polen, Lettland und Estland sozusagen ein Monopol für den Transitverkehr von und nach Rußland zu sichern. Seit dem Rapallovertrag sucht Frankreich durch verstärkten Druck den Rest der Randstaaten noch tiefer zwischen Deutschland und Rußland zu treiben. Die Furcht vor einem zukünftigen Bündnis Deutschland-Rußland, das den hindernden Block der Randstaaten hinwegfegen könnte, treibt die französische Politik dazu. Das Scheitern der Moskauer Konferenz ist zweifellos auf französischen Einfluß zurückzuführen.

# Poincaré vor der Kammer.

Keine Militärsanktionen, aber wirtschaftliche Pfänder.

Der französische Ministerpräsident hat der Pariser Kammer seinen Rechenschaftsbericht über die Londoner Besprechungen erstattet. Seine Erklärungen gipfeln in der Versicherung, daß Frankreich nicht an ein militärisches Vorgehen gegen Deutschland denke. Frankreich wolle von Deutschland nur Bezahlung verlangen, soweit dies möglich sei. Man denke nur daran, im gemeinsamen Interesse den deutschen Reichtum zu konservieren. Zum Schluß seiner Rede stellte er die Vertrauensfrage. Nach einer langen Debatte die sich bis in die Morgenstunden hinzog, sprach die Kammer dem Kabinett mit 512 gegen 76 Stimmen das Vertrauen aus.

Poincaré begann seine Erklärung mit der Feststellung, daß alle Verbündeten in London von dem Beschluß befreit gewesen seien, die Allianz über vorübergehende oder untergeordnete Meinungsverschiedenheiten zu stellen.

Die deutschen Vorschläge hätten nicht angenommen werden können, weil Deutschland für das, was es von den Verbündeten fordere, keinerlei ausreichende Verpflichtungen als Gegenleistung angeboten habe. Es wäre für die Welt von großem Wert, wenn die Mobilisierung der deutschen Schuld durch innere oder äußere Anleihen gelänge. Poincaré geht dann auf die Frage ein, unter welchen Bedingungen Deutschland ein Moratorium bewilligt werden könnte. Er betont, nach französischer Auffassung müßten dazu Pfänder gefordert werden. Die Erfassung von Pfändern sei im Versailler Vertrag vorgesehen.

Poincaré erklärt dann wörtlich: „Es handelt sich nicht um ein militärisches Vorgehen und auch nicht um Sanktionen mit Strafcharakter. Frankreich will nur Bezahlung erlangen, soweit das möglich ist. Es will den deutschen Reichtum da nehmen, wo er sich findet. Poincaré fährt fort, dies habe er in London betont.“ Er habe hinzugefügt, daß Frankreich den lebhaften Wunsch habe, die Pfänder gemeinsam mit seinen Verbündeten zu erfassen. Frankreich würde es sehr bedauern, wenn es diese „Schutzmaßnahmen“ allein treffen müßte. Wenn Frankreich an gewissen Punkten seine Ingenieure und seine Zollwächter einsetzen müßte, so würde es auf jeden Fall Platz für die Ingenieure und Zollwächter seiner Verbündeten freigehalten. Frankreich habe niemals und in keiner Form an Gebietsveränderungen gedacht.

Poincaré äußerte zum Schluß die Zuversicht, daß die Entente durch die für den 2. Januar anberaumte Fortsetzung der Besprechungen auf keinen Fall gefährdet wird. Er erklärte weiter, er könne keine detaillierten Mitteilungen über die Londoner Besprechungen machen.

## Die Debatte.

In der anschließenden Debatte bedauert der Royalist Daudet, daß die Regierung Bedenken gegen die Befähigung des Ruhrgebietes hat, da nach seiner Ansicht nur durch die Befähigung und Ausbeutung des Ruhrgebietes Zahlung für Frankreich gesichert werden könne. Der nächste Redner Tardieu, der frühere Mitarbeiter Clemenceaus, wirft Poincaré vor, daß er seine Versprechungen unerfüllt gelassen habe.

Poincaré hätte besser getan, auf seine Drohungen zu verzichten, da er sie doch nicht in Taten umsetzen wolle. Tardieu billigt ausdrücklich den Verzicht der Regierung auf die Ruhrbefähigung, indem er erklärt, Poincaré hätte Beweise, wenn er die internationalen Rückwirkungen, die eine militärische Operation haben könnte, in Betracht ziehe. Der Redner schließt mit heftigen Angriffen gegen Poincarés innere Politik.

Auch die übrigen Redner beschränkten sich auf die innere Politik Poincarés und legten sich bei der Kritik der äußeren Politik der Regierung größte Zurückhaltung auf.

Unmittelbar vor der Abstimmung ergriff Poincaré nochmals das Wort und verlangte von der Kammer das Vertrauen für einige Wochen zur Durchführung seiner Politik. Dann werde er sich ershöpfend über die Politik und die Wiederherstellungsfrage äußern, wenn sie die Ergebnisse gezeitigt haben würde, die Frankreich erwarte. Die Kammer stimmte daraufhin über die einfache Tagesordnung ab, die mit großer Mehrheit angenommen wurde.

# Harding und Deutschland.

## Vor dem Eingreifen Amerikas.

Wie aus Washington gemeldet wird, haben sich Präsident Harding und das Kabinett in einer längeren Sitzung mit der Frage der Reparationen befaßt.

Alle Fragen, die zur Besprechung kamen, betrafen, dem Vernehmen nach, einen Vorschlag über eine internationale Anleihe an Deutschland, das sich nach amtlichen Mitteilungen an die amerikanische Regierung unmittelbar vor dem Zusammenbruch befindet. Es wurde indessen mitgeteilt, daß der Anleiheplan noch keine konkrete Gestalt angenommen habe, und daß keine endgültige Entscheidung bezüglich der Stellungnahme der amerikanischen Regierung zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten erreicht worden sei. Die Tatsache, daß der deutsche Vorkäufer am Vormittag unmittelbar vor der Sitzung des Kabinetts im Staatsdepartement vorsprach, wird dahin ausgelegt, daß der Präsident und die amtlichen Persönlichkeiten vielleicht alle verfügbaren Informationen über die Lage in Deutschland im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem zu erhalten wünschen.

Nach einer weiteren Meldung aus Washington wurde nach der Kabinettsitzung im Weißen Hause erklärt, daß die europäische Lage als eine Frage angesehen werde, die erste Erwägung verdiene, obgleich es nicht für ratsam gehalten wird, im gegenwärtigen Augenblick eine öffentliche Mitteilung erfolgen zu lassen. Es sei ferner angegeben worden, daß die amerikanische Regierung der Ansicht sei, daß sie keine Gelegenheit für einen „hilfreichen Einfluß“ außer Acht lassen würde, vorausgesetzt, daß ein Weg gefunden werden könne, der keine Abweichung von der wohlwollenden nationalen Politik bedeute.

## Eine Weltkonferenz in Washington.

Wie aus Washingtoner Regierungskreisen gemeldet wird, plant Präsident Harding die Einberufung einer Weltkonferenz nach Washington, deren Zweck es sein wird, eine Lösung der wirtschaftlichen Lage Europas zu finden. Auf dieser Konferenz soll in erster Linie eine Stabilisierung der Lage in Deutschland, dem gefährlichsten Freiheitsherd in Mitteleuropa, angestrebt werden. Die Einladungen zu der Konferenz werden voraussichtlich Anfang Januar veröffentlicht werden.

# Deutschlands Siechtum.

Rundgebung der Ärzteschaft an die Kulturwelt.

Die furchtbaren Gefahren, die dem deutschen Volke infolge der zunehmenden Verschlechterung der Gesundheits- und Ernährungslage drohen, haben die Ärzteschaft ganz Deutschlands, die Vertreter der medizinischen Fakultäten und ärztlichen Organisationen veranlaßt, in einer eindringlichen Rundgebung, die in der Aula der Berliner Universität stattfand, ihre warnende Stimme zu erheben und dem In- und Auslande ein klares Bild über die deutsche Notlage vor Augen zu führen.

Der Vorsitzende des Obermedizinalrat Prof. Rubner wies in seiner Eröffnungsansprache auf die durch das Versailler Friedensdiktat geschaffene wirtschaftliche Lage Deutschlands hin und erklärte, daß die allgemeine Verarmung mit Riesenschritten vorwärts schreite. Die Wohnungen seien überfüllt, und die Nahrungsmittel könnten kaum mehr beschafft werden.

Nach eingehenden Berichten des Professors Hise Berlin, des Geh. Rates Dippel-Leipzig und des Prof. Krautwig-Köln über die wachsende Beseelung des deutschen Volkes und besonders der Kinder wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Die deutschen Ärzte machten mit allem Nachdruck auf die großen Gefahren aufmerksam, die dem deutschen Volke infolge der zunehmenden Verelendung drohen. Der Mehrzahl der Deutschen seien die notwendigen Nahrungsmittel nur noch in völlig ungenügender Weise zugänglich. Dazu kämen Wohnungsnot, Kohlenmangel, Sorgen und Entbehrungen aller Art.

Die Folgen zeigten sich schon heute und würden sich bald in erhöhtem Maße besonders bei den Kindern und der heranwachsenden Jugend geltend machen. Die Tuberkulose greife weiter um sich, Malaria und Blutharntum breiten sich aus. Stomatitis und Hungererkrankungen sind keine Seltenheiten mehr. Die Seuchengefahr könne nicht schwer genug eingeschätzt werden; erliche Deutschland dieser Gefahr, so sei die ganze Kulturwelt bedroht. Die deutschen Ärzte rufen deshalb die gesamte Kulturwelt auf, die Dinge mit klarem Auge zu

betrachten und dem deutschen Volke die für eine Befreiung notwendige gründliche Umgestaltung der verfallenen Wirtschaftslage zu ermöglichen.

## Politische Rundschau.

Berlin, den 18. Dezember 1922.

Im großen Kurhausaal in Wiesbaden fand eine von sämtlichen politischen Parteien einberufene Versammlung statt, in der einstimmiger Protest gegen die Rheinlandpolitik der Entente erhoben wurde.

Der deutsch-hannoversche Volksabstimmungsantrag zurückgewiesen. Der Reichsminister des Innern hat den Antrag der Deutsch-hannoverschen Partei auf Zulassung einer Vorabstimmung in den preussischen Regierungsbezirken Stade und Lüneburg, ob diese Regierungsbezirke aus Preußen auscheiden, um im Zusammenschluß mit benachbarten wirtschaftlich und kulturell zusammenhängenden Gebieten ein Land zu bilden, zurückgewiesen. Die Abweisung mußte auf Grund der gesetzlichen Vorschriften erfolgen, weil in der zur Abstimmung zu stellenden Frage die Grenzen des neu zu bildenden Landes nicht bezeichnet und überdies 5000 eigenhändig abgegebene Unterschriften nicht beigebracht waren.

Bevorstehende Erhöhung des Brotpreises. Der neue Reichsernährungsminister Dr. Luther teilte im Reichstage mit, daß die Reichsregierung für das dritte Quartal der Getreideumlage einen Preis festsetzen werde, der den Landwirt in die Lage setze, auch für das nächste Jahr Vorsorge zu treffen, und der zugleich eine Grundlage dafür biete, daß die Abbleferung erleichtert werde. Angesichts der großen Geldentwertung werde dieser Preis erheblich erhöht sein. Die Erhöhung werde natürlich auch auf den Brotpreis wirken. Die Regierung werde dafür wirken, daß die im nächsten Jahre eintretende Brotpreiserhöhung der Bevölkerung erleichtert werde durch Anpassung der Einkommen und durch besondere Fürsorge für die Unterstützungsberechtigten. Sie müsse dafür sorgen, daß unser Volk weder in diesem Winter, noch später verhungere. Wenn auch die Landwirtschaft mit dem Preise, den die Regierung festsetzen werde, vielleicht nicht ganz zufrieden sein wird, so richte er doch an sie die dringende Aufforderung, auch das letzte Drittel zu liefern und sich ihrer Lebensgemeinschaft mit der Volksgemeinschaft bewußt zu bleiben.

Italien: Mussolini und die Pariser Konferenz.

Im Ministerrat erklärte Mussolini, die Londoner Zusammenkunft habe nicht die erwarteten Resultate ergeben, weil sie nicht genügend vorbereitet gewesen sei. Er werde sich nicht zur Pariser Konferenz am 2. Januar begeben, wenn sie nicht vorher hinreichend diplomatisch vorbereitet würde. Seine Meinung sei, daß man den erwartenden Winkelsagen ein Ende machen müsse, die den Wirt herbeiführen. Es werde nötig sein, auf die italienische Denkschrift zurückzukommen.

Reparationsberatungen des Reichskabinetts.

Berlin, 17. Dezember. Nach der Berichterstattung des Staatssekretärs Bergmann über seine Verhandlungen in London und Paris hat sich das Reichskabinetts erneut mit dem Reparationsproblem beschäftigt. Es gilt als ziemlich sicher, daß die Reichsregierung zu den ersten von ihr vorgelegten Plänen noch Ergänzungsvorschläge machen wird. Zu diesem Zweck wird sie auch mit Vertretern der Finanzwelt und der Industrie sowie auch anderer Stände Rücksprache nehmen. Die Reichsregierung hat insbesondere auch bekannte Großindustrielle aus dem Rheinland nach Berlin gebeten, um ihr fachverständiges Urteil zu hören.

Die Parteiführer beim Reichsanwalt.

Berlin, 17. Dezbr. Der Reichsanwalt hat die Parteiführer empfangen, um ihnen über die Londoner Verhandlungen Bergmanns und die weiteren

Pläne der Reichsregierung Mitteilung zu machen. In Regierungskreisen wird betont, daß — nach dem Berichte Bergmanns zu schließen — kein Grund vorliege, die Lage allzu pessimistisch zu beurteilen.

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Berlin, 17. Dezbr. Wie zuverlässig mitgeteilt wird, beträgt die Gesamteinkommensaufbesserung der Beamten gegenüber Ende November nicht 44 Prozent, wie zuerst angegeben, sondern 64,7 Prozent. In einzelnen wurde der prozentuale Teuerungszuschlag für die Zeit vom 1. bis 16. Dezember von 120 Prozent auf 174 Prozent erhöht, für die Zeit vom 17. bis 31. Dezember tritt eine weitere Erhöhung um 58 Prozent auf 232 Prozent ein. Die Frauenaufzulage wird von 2000 auf 3500 Mark erhöht. Die Zulagen sollen sofort zur Auszahlung gelangen, so daß sie noch vor dem Weihnachtsfest in den Händen der Beamten sind.

Ein Marktenbrot — 600 Mark!

Berlin, 17. Dezember. Wie der „Vorwärts“ schreibt, wird sich der Getreidepreis (Koggen) für die Umlage, der bisher pro Tonne rund 29 000 Mark betrug, nach der Regierungsvorlage wahrscheinlich künftig auf 170 000 bis 180 000 Mark stellen. Das würde nach Ansicht des Blattes bedeuten, daß das Bierfund-Marktenbrot ab 1. Januar ungefähr 600 Mark kosten dürfte.

Gedenktafel für den 18. Dezember.

1786 \* Der Komponist Karl Maria v. Weber in Eutin († 1826) — 1803 \* Der Dichter Johann Gottfried v. Herder in Weimar (\* 1744) — 1844 \* Der Volkswirt Lujjo Brentano in Aschaffenburg — 1921 \* Der Staatsmann Klemens Delbrück in Jena (\* 1856).

## Handelsteil.

Berlin, den 16. Dezember 1922.

Der Devisenmarkt verkehrte heute in schwacher Haltung. Sämtliche Devisen gaben beträchtlich nach als Folge der günstiger lautenden politischen Nachrichten. Auch die Berichte aus Newyork zeigten eine Beseitigung der Markt. Im Effektenverkehr notierten die Kurse durchweg niedriger.

Die Produktenbörse verkehrte heute in schwacher Haltung. Die Provinz zeigte heute erstmalig etwas Nachgiebigkeit in ihren Forderungen, ohne auf größere Kaufkraft seitens des hiesigen Handels zu stoßen. In Roggen war der Rückgang wohl am wenigsten hart, da anscheinend noch Deckungsläufe von Firmen getätigt werden, welche Versicherungen an die Reichsgeldstelle haben. In Weizen und Gerste war sehr geringes Geschäft; Hafer lag vollkommen vernachlässigt.

Der Stand der Mark.

	16. 12.	15. 12.	1914
Es kostete nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am			
1 holländischer Gulden	2548	2967	1,67 M
1 belgischer Franc	443	495	0,80
1 dänische Krone	1326	1538	1,12
1 schwedische Krone	1718	1990	1,12
1 italienische Lira	322	369	0,80
1 englisches Pfund	29426	34518	20,—
1 Dollar	6334	7406	4,20
1 französischer Franc	456	538	0,80
1 schweizerischer Franc	1216	1396	0,80
1 tschechische Krone	189	222	—

## Aus Stadt und Land.

Ueberfall im Eisenbahnzuge. Im Berlin-Samburger Zug wurde ein schwerer Raubüberfall auf einen Kriegesbeschädigten verübt. In Bittenberge stiegen drei Leute in das Abteil, bekämpften den Kriegesbeschädigten, fesselten ihn und raubten ihm Kleingeld, Gold und Wertgegenstände im Werte von einer halben Million Mark. Die Räuber verließen den Zug unterwegs.

Nach dem Besuch bei Hedwig wollte Frau Agnes nach dem Gutshof hinausfahren, um auch noch von ihrem toten Schwager Abschied zu nehmen. Feliz Mirbach würde da selbstverständlich nicht mitgehen. Er scheute ja alles Zusammenkommen mit den Menschen seiner einstigen Lebenskreise aus begreiflichen Gründen. Das Ehepaar traf beim Tor des Gebäudes zusammen. Beide waren sehr häßlich gewesen. Beide wurden gejagt von der Angst um ihr liebstes Gut auf Erden, um ihr Kind.

Frau Agnes' feines, hebes Gesicht schien in diesen letzten Tagen um vieles gealtert zu sein. Sie sah erschreckend blaß aus, und ein Zug tiefen Leidens grub sich um den Mund. Auch Frau Agnes trug bereits Trauer um ihren Schwager Irwein, den sie stets hochgeschätzt hatte. Das dumpfe Schwarz ließ sie noch lebender aussehen.

Feliz Mirbach sah sie von der Seite scheu an, während er neben ihr sah in dem kleinen Wartezimmer. Er dachte reuevoll, daß auch er ein gutes Teil beigetragen habe zum frühen Absterben dieser gütigen und tapferen Frau, an der er in seiner oberflächlichen Art ja doch noch immer hing.

„Agnes“, sagte er weich und tastete nach ihrer Hand. „Gräme dich nicht gar so sehr! Ich glaube bestimmt, daß noch alles gut wird. Und was ich nur dazu tun kann, das soll geschehen, darauf kannst du dich verlassen.“

„Dann mußt du mir nach einem forschen: nach Hugo Wabr“, entgegnete die Frau in einem so bestimmten Ton, daß er keine Widerrede wagte. „Denn ich weiß es ganz genau, daß er es war, den ich beim Sterben gesehen habe. Und noch etwas weiß ich gewiß. Der Wabr taugt nicht umsonst jetzt auf einmal wieder auf in Wien. Ich lasse mich das nun einmal nicht ausreden. Gestern war ich so stark benommen von all dem Erlebten, daß ich mich beinahe von dir abergeugen ließ. Heute aber habe ich wieder meinen freien Kopf und habe meinen Verstand beisammen. Und so sag' ich dir's noch einmal: Der Wabr hat in irgendeiner Weise mit der Sache zu tun. Und wenn du wirklich seinen Aufenthaltsort nicht weißt oder du hast irgendeinen Grund, ihm nicht nachforschen zu wollen, so werd' ich's eben allein tun. Aber abhalten laß ich mich nicht, denn es geht um mein Kind!“

Ein Bombenabwurfplatz für 15 Millionen. Die Franzosen tragen sich mit der Absicht, zwischen den Orten Jggelheim und Hanhofen einen Bombenabwurfplatz für das 12. französische Bombenfliegerregiment zu errichten. Obwohl in der Pfalz bereits umfangreiche Flächen wertvollen Ackerlandes von der Belegung in Anspruch genommen sind, sollen erneut etwa 112½ Hektar Ackerlande und Kiefernbestand rein militärischen Zwecken zugeführt werden. Die vom Reich aufzuwendenden Baukosten werden nach den Preisen im Oktober auf 15 000 000 Mark geschätzt. Vorbereitungen sind beim französischen Oberkommando und bei der Rheinlandkommission erhoben. Falls diese nicht zum Ziele führen, ist die Einleitung diplomatischer Vorbereitungen bei der französischen Regierung beabsichtigt.

Trockenlegung des Spreewaldes? In der seit mehreren Jahren schwebenden Frage der Senkung des Wasserpiegels im Spreewald hat der Bezirksausschuß in Frankfurt a. O. jetzt entschieden, daß der Stau bei Rabben um 42 Zentimeter gesenkt werden soll. Der üblicher Widerspruch gegen den Plan besteht, wird der Oberpräsident der Provinz Brandenburg angehen werden.

Ein eigenartiger Unglücksfall ereignete sich vor einer Kirche im Norden Berlins. Dort sollte eine Trauung stattfinden. Als die Hochzeitskutsche auf den Hof der Kirche fuhr und das Brautpaar ausstieg, senkte sich plötzlich an einer Stelle das Pflaster, und es entstand ein großes Loch. Während sich der Kutscher und sein Begleiter durch Abspringen retten konnten, stürzte das eine Pferd in das Loch, das sich rasch mit Grundwasser füllte, und riß das andere teilweise mit sich. Die rasch herbeigerufene Feuerwehr befreite die Tiere, von denen das eine zu ertrinken drohte, aus ihrer gefährlichen Lage. Inzwischen war auch die Trauung beendet, und das junge Paar konnte nun ohne Aufenthalt zum Hochzeitschmause fahren.

Streikverschärfung in Ludwigshafen. Die Generalkonferenz, die zu den Verhandlungen zwischen den Werksleitungen und den Gewerkschaften nicht zugezogen war, hat der Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik mitgeteilt, daß die Streikleitung die Notstandsarbeiter aus dem Werk zurückziehen werde, wenn nicht die Werksleitung sich zu Verhandlungen mit der Generalkonferenz bereit erklärt. Da die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik das Ultimatum der Streikleitung abgelehnt hat, versuchen die Kommunisten jetzt mit Gewalt, die Notstandsarbeiten in den Betrieben zu verhindern. Es sind deshalb weitere Zusammenstöße zu befürchten. Ein größeres Schutzmännchenangebot wird bereit gehalten, um die Notstandsarbeiten gegen die Angriffe der Streikenden zu schützen.

Auslieferung napoleonischer Krönungsinsignien an Italien. Auf Grund des Friedensvertrages von St. Germain mußten von Österreich kürzlich an Italien die Krönungsinsignien Napoleons I. als König von Italien, bestehend aus Krönungsmantel, Krone und Speker, Marschallstab und italienisches Reichsregal ausgeliefert werden.

Ein tschechischer Spionageroß. In dem Hochverratsprozeß gegen die drei tschechoslowakischen Offiziere, die geheime militärische Dokumente an Polen und Ungarn verkauft haben, wurde von dem Prager Divisionsgericht der Leutnant Nowakowski zu acht Jahren, der Stabskapitän zu 4½ Jahren und der Kapitän Gustav Wolf zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Neues Bombenattentat in Spanien. In Barcelona wurde wieder ein syndikalistisches Attentat ausgeführt, bei dem eine Person getötet wurde. Drei wurden verwundet. — Der italienischen Polizei ist es gelungen, in Spezia eine große Anarchistengesellschaft festzunehmen, die ein Attentat auf den Kurszug Rom-Paris ausführen wollte.

„Auch bei mir geht's um mein Kind“, dachte Feliz Mirbach. Aber er schweig, denn soeben öffnete sich die Tür und ein Gerichtsdiener erschien, welcher beauftragt war, sie zu der im Spital befindlichen Hedwig Mirbach zu führen. Unterwegs schloß sich ihnen ein junger Beamter an, welcher bei dem Wiedersehen zwischen den Eltern und der Beschuldigten in der Untersuchung des Falles Irwein zugegen sein sollte.

„Sie werden Ihre Tochter sehr verändert finden“, sagte der Beamte. „Ich muß Sie dringend bitten, sich jeder Äußerung des Erstaunens oder Erschreckens zu enthalten. Das Mädchen ist furchtbar mitgenommen durch die Erregungen, welche sie durchmachte.“

Der Arzt glaubt, daß ein schweres Nervenleiden im Anzug ist. Gestern noch hätte man Ihnen gar nicht gestanden können, Ihre Tochter zu sehen. Nun meint der Arzt, daß vielleicht eine Zusammenkunft sogar einen günstigen Einfluß haben könnte. Man versucht eben alles, um das Mädchen ihrer Starrheit zu entreißen.“

Hedwig Mirbach war in einem kleinen, abseits gelegenen Zimmer allein untergebracht worden. Die Fenster waren geschlossen; ein Ofen verbreitete eine angenehme Wärme. Sie und da trat aus dem Nebenzimmer eine Krankenschwester und sah aufmerksam nach dem Bette hin. Aber das junge Mädchen, welches dort reglos in den Kissen lag, rührte sich nicht. Fest lagen die Lider über den Augen, die schmalen Wangen waren durchsichtig blaß, so daß man an den Schläfen deutlich das feine, dunkelblaue Geäder unter der Haut wahrnahm. Schwer baufchte sich das prachtvolle Haar um die leuchtend weißen Stirn.

Hedwig Mirbach bot in ihrer Ohnmacht, in ihrer Schwäche ein ergreifend schönes Bild, welches so deutlich sprach von Schmerz und Not ihrer Seele, daß es jeden, der an dieses Lager herantrat, erschüttern mußte.

Frau Agnes nahm sich tapfer zusammen. Obwohl ihr schwere Tränen in den Augen standen, neigte sie sich, anscheinend ruhig, aber die Kranke und lächelte voll innigster Bärtlichkeit den blaffen, seinen Mund. Hedwig ward unruhig, warf sich herum. Der Arzt, welcher gerade ins Zimmer trat, kam leise näher heran.

„Vorwärts!“ flüsterte er. „Keine Aufregungen!“ (Fortsetzung folgt.)

## Lebe, welche leben.

(16. Fortsetzung.)

„Ach was! Hirngespinnste! Ich dachte mir nur: So könnte die schöne Jutta jetzt aussehen! Es war ihre Kopfhaltung, ihre Handbewegung. Kom Gesicht sah man absolut nichts. Zwei Diener brachten dann eine Tragbahre und hoben einen Mann aus dem Wagen. Herrgott! Der war furchtbar anzusehen! Ganz verkrümmt. Ein Gesicht — ganz zerfurcht vom Weiden. Ich hab's überhaupt bloß für eine einzige, kurze Sekunde sehen können. Aber doch — da war eine entsetzliche Ähnlichkeit mit dem toten Heinz von Anno dazumal. Ist selbstverständlich doch alles nur Einbildung! Man wird kindisch, wenn man so nur für sich dahinglebt. Gott sei Dank, jetzt hört das Schreien auf. Sie geben ihm Morphiuminjektionen, sagt die Alte, damit er ein paar ruhige Stunden hat. Von Hilfe ist keine Rede mehr. Die Dame hat gleich fort müssen. Sie ist viel zu aufgeregert für ihn. Aber die Alte sagt, sie schied beinahe jede Stunde her. Ich glaub', der alte Dienstmann, der am Hauptplatz steht, der muß ihr Vorkauf bringen.“

Fritz Reinhardt strich sich über die Stirn. „Was gehen mich die fremden Leute an! Ich fange Grillen, scheint's! Gehen wir lieber schlafen. Und du schau morgen gleich in der früh nach deinem Mädel. Ja? Ich müß' wissen, wie's ihr geht. Und du darfst sie vielleicht doch sehen. Wist ja der Vater und hast schließlich ein Recht dazu!“

Ja, er hatte ein Recht dazu. Oder doch nicht. Hatte er dieses Recht nicht längst verwirkt durch seinen elenden Leichtsinns, durch seine Schwachheit all seinen Tadeln und Anlagen gegenüber?

Feliz Mirbach ging den schweren Weg zu seinem unglücklichen Kinde mit einer dumpfen Angst und einer starken Scham. Und dennoch zögerte er nicht. Es trieb ihn förmlich zu Hedwig. Er hatte mit seiner Frau ausgemacht, daß er sie in den Vormittagsstunden im Spital des Untersuchungsgefängnisses, wo Hedwig lag, treffen wollte. Es litt ja auch Frau Agnes nicht daheim. Und was immer sich auch an Trennendem zwischen die Ehegatten geschoben hatte, nun, da ihr einziges Kind von einem so namenlosen Unglück betroffen war, fühlten sie sich in dieser Hin-

**Erhöhte Entschädigung bei Paketverlusten.** Vom 16. Dezember ab hat die Post die Entschädigungssätze für verlorene oder beschädigte Pakete oder für in Verlust geratene Einschreibsendungen erhöht, und zwar vergütet die Postverwaltung im Falle des Verlustes oder der Beschädigung eines gewöhnlichen Paketes dem Absender den Schaden bis zum Höchstbetrage von 500 Mark für jedes Pfund der Sendung; der Ersatz für eine in Verlust geratene Einschreibsendung beträgt 2000 Mark. Für vor dem 16. Dezember aufgefertigte Sendungen bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

**Verdoppelung der Personentaxe ab 1. Januar.** Mit Beginn des neuen Jahres werden die Personentaxe der Reichsbahn abermals beträchtlich erhöht. Die Erhöhung beträgt über 100 Prozent. Bisher hat bei einer Tarifierhöhung das Reichsverkehrsministerium seit längerer Zeit die dreitägige Gültigkeit einer gelösten Fahrkarte aufgehoben; die Fahrkarte mußte am letzten Tage des alten Tarifes angetreten werden. Mit Rücksicht darauf, daß die kommende Tarifierhöhung mit den Weihnachts- und Neujahrsfeiertagen zusammenfällt, beabsichtigt das Reichsverkehrsministerium diesmal die Vorverkaufsmöglichkeit nicht einzuschränken. Es können also am 1., 2. und 3. Januar noch Reisen gemacht werden, für welche die Fahrkarten bereits im alten Jahre gelöst sind. Das ist von besonderer Bedeutung für alle diejenigen, die über Weihnachten und Neujahr eine Reise unternehmen wollen und so die Möglichkeit haben zu alten Fahrpreisen noch zurückzufahren.

**Vornachzahlung der Gerichtskosten.** Der Rechtsausschuß des Reichstages hat dieser Tage wichtige Änderungen bezüglich der Zahlung der Gerichtskosten beschlossen. In Zukunft soll in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Konkursverfahren die Gebühr mit Stellung des Antrages fällig werden, durch das das Verfahren bedingt ist. Soweit die Gebühr ein Entscheidungsverfahren oder sonstige gerichtliche Handlung voraussetzt, soll sie mit ihr fällig werden. Der Termin zur mündlichen Verhandlung soll auf Grund der Klage erst nach Zahlung der geforderten Prozessgebühr bestimmt werden. Diese Vorschriften sollen dann keine Anwendung finden, wenn den Klägern das Armenrecht bewilligt ist oder wenn ihnen Gebührenfreiheit zusteht, ferner, wenn glaubhaft gemacht wird, daß ihnen die alsbaldige Zahlung mit Rücksicht auf ihre Vermögenslage Schwierigkeiten bereiten würde. Da gleiche soll gelten, wenn glaubhaft gemacht wird, daß eine Verzögerung dem Kläger einen nicht oder nur schwer zu ergebenden Schaden bringen würde.

Folgendes Fall zur Warnung berichtet das „Großhainer Tageblatt“: Am Sonnabend abend explodierte in einer Wohnung in Großenhain eine auf den Gasocher verschlossen gestellte kupferne Warmflasche mit solcher Gewalt, daß nicht nur der Gasocher und Röhrengerte beschädigt, sondern auch eine Tür eingedrückt und viele Fensterscheiben zertrümmert wurden. In jedem Jahr ereignen sich trotz aller Warnung solche Fälle.

**Kabeul.** Im hiesigen Waldpark sind vom König-Wald-Gedenkstein und vom Stein an der Bismarckquelle die Reliefs aus Bronze und Gussblei gestohlen worden.

**Freiberg.** Durch die Stadtverordneten wurde der Preis für ein ehm Trinkwasser auf 15.— M. und für Kühlwasser auf 14.— M., für Gas auf 98.— M. und für Elektrizität für das Kilowatt auf 98.— M. bei Licht- und 83.— M. bei Kraftstrom festgesetzt. Gegen die Stimmen der Linken bewilligte man 4600.— M. zur Beschaffung von Feuerwehrgeschützen. Für Erhöhung der Unterstützungen der Rentempfangen wurden 1 1/2 Millionen nachbewilligt.

**Langenau.** Die Langenauer Landwirtschaft hat 16 Zentner Brotgetreide gegen Weizenmehl eingetauscht, um die Not der Ortsarmen und Kleinrentner damit zu mildern. Die Industrie und sonstige Kreise beteiligen sich an einer Geldsammlung.

**Kamenz.** Auf dem Wochenmarkt war das Angebot in Gänsen knapp. Um so lebhafter war die Nachfrage. Unter diesen Umständen wurde für das Pfund durchschnittlich 600—700 M. gefordert. An der Preissteigerung hatten die aus Dresden, ja sogar aus Berlin gekommenen Käufer, die die Preise hochtrieben, wesentlichen Anteil. Dabei kam es zu widerwärtigen Szenen; man balgte und riß sich buchstäblich um die Martinsgans.

**Ebersbach.** Zwei junge Leute aus Ebersbach wurden beim Ueberstreifen der Grenze von drei jungen Männern, die sich als Mitglieder des Grenzüberwachungs Ausschusses ausgaben, angehalten und nach Jollgut befragt. Als sie auch nach Geld fragten, versuchten die Festgehaltenen zu fliehen, worauf die „Grenzorgane“ Revolver zogen und mit Erschießen drohten. Nach eingehender Vernehmung nahmen sie einem der Bedrohten 5000 M. ab mit dem Bemerkten, er könne sich den Betrag später auf dem sächsischen Jollamt abholen. Die Raubgefellen wurden erkannt und von der Polizei festgenommen.

**Reußbach.** Am Freitag abend schlugen zwei junge Burschen einen 18jährigen Langbärkendorfer Einwohner in der Nähe des Elektrizitätswerkes zu Boden, raubten ihn aus und warfen ihn zum Schluß mit ganz unglaublicher Rohheit in den in unmittelbarer Nähe befindlichen Teich. Glücklicherweise konnte er sich sofort retten. Die Räuber sind unerkannt entkommen.

**Borna bei Gersdorf.** Ein schrecklicher Unglücksfall setzte die Familie des Gutsbesizers Kästner hier in tiefe Trauer. Der 18-jährige Sohn war mit im Walde beim Holzfällen beschäftigt und bei dieser Tätigkeit auf einen Baum gestiegen. Während hier der Baum um und der junge Mann stürzte mit auf die Erde. Durch diesen Sturz brach der junge Mann das Genick und war sofort tot.

**Löbau.** Der Stadgemeinderat hat die Errichtung von drei Wohnhäusern, die 30 Wohnungen erhalten sollen, beschlossen. Die Kosten werden der Forstkasse entnommen, der 150 Millionen M. aus dem Holzschlag zuzuführen werden.

**Golditz.** Das Schöffengericht verurteilte den hiesigen Viehhändler R. wegen Preistreiberei zu einer Woche Gefängnis und 40000 M. Geldstrafe.

**Borna.** Der Landbund Borna hat beschlossen, drei Millionen Mark für die Zwecke der deutschen Volksgemeinschaft zur Verfügung zu stellen. Er hatte bereits im Herbst 8000 Zentner Kartoffeln, verbilligt um den halben Marktpreis, für Klein- und Sozialrentner aufgebracht und der Amtshauptmannschaft zur Verteilung überwiesen.

Leipzig. Die Stadtverordneten nahmen am Mittwoch zu einer Eingabe Stellung, in der die kostenlose Speisung aller Volks-

schüler gefordert wurde. Nach lebhafter Färsprache wurde die Eingabe dem Rat zur Ermüdung überwiesen mit der Maßgabe, eine Erweiterung der Schulküchen vorzunehmen.

**Leipzig-Connewitz.** Hier hat eine Frau die Unvorsichtigkeit begangen, nicht völlig verbrauchtes Karbid in die Abortöffnung zu werfen. Durch einen nicht aufgeklärten Umstand erfolgte sofort eine Explosion, die zwar der Frau Schaden nicht zufügte, durch die aber in dem darunterliegenden Abortraum ganz erheblicher Sachschaden entstanden ist. Fenster und Tür wurden zersplittert, ja sogar Wände erhielten Risse. Es sei dies eine Warnung für viele.

**Hohenstein-Ernstthal.** Die Firma J. O. Wötger, Mechanische Weberei und Druckerei, konnte in diesem Jahre auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken. Die Beamten, Arbeiter und Angestellten der Firma erhielten namhafte Geldgeschenke. Ferner hat die Firma der Stadt Hohenstein 500 000 M. für alte, erwerbsunfähige Leute sowie bedürftige Rentner überreicht, für das im Bau begriffene Ehrenmal 200 000 M. gestiftet und dem Wohlfahrtsamt eine größere Menge Spendenstoff im Werte von 200 000 Mark zur Verteilung nach eigenem Ermessen übergeben. Der Christophori-Kirche wurden zur Erneuerung der Orgel 100 000 M. überwiesen und die Freiwillige Feuerwehr erhielt ebenfalls 100 000 Mark zur Beschaffung einer neuen Schiebeleiter.

**Chemnitz.** In einer außerordentlichen Hauptversammlung, in der 34 Aktionäre 791 750 Stimmen vertreten, wurde am Freitag die Angliederung des Chemnitzer Bankvereins an die Commerz- und Privatbank beschlossen. Das Vermögen des Chemnitzer Bankvereins geht ohne Liquidation auf die Commerz- und Privatbank Alltagsgesellschaft über und die Aktionäre des Chemnitzer Bankvereins erhalten für je 1000 Mark Nennbetrag ihrer Aktien einsechsfach Dividendenchein für das Jahr 1922 neue Aktien der Commerz- und Privatbank Alltagsgesellschaft im Nennbetrage von 1000 Mark mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1923 und außerdem eine bare Zuzahlung von 30 Prozent auf den Nennwert ihrer Aktien. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Geheimrat Bauer, hob hervor, daß die Aktionäre die gleiche bleiben werde, so daß die Rundschau mit keinem neuen Herren zu verfahren habe. Der bisherige Direktor des Chemnitzer Bankvereins, Geheimrat Weihenberger scheidet als Bankdirektor aus, wird aber den Vorsitz in einem Hauptauschuß führen, der, mit dem Sitze in Dresden, gebildet wird, um die finanziellen Bedürfnisse der einheimischen Firmen zu beraten und Handel und Industrie in Sachsen zu fördern.

**Werdau.** Die Zahl der im Werdauer Walde durch den Sturm in der Nacht zum Freitag den 8. Dezember umgelegten Bäume beträgt etwa 4000. Es sind dies 1800 bis 2000 Festschnee Holz.

**Annaberg.** Auf einer hiesigen Straße brach eine 70-jährige Greisin vor Hunger und Schwäche ohnmächtig zusammen. Erkundigungen ergaben, daß die arme Alte in ihrer Wohnung weder Nahrungsmittel, noch Heizmaterial hatte. Durch sofortige Spenden ist die alte Frau wenigstens für die nächsten Tage mit dem Nötigsten versorgt worden.

**Plauen.** Unsere Stadt hat nun wieder ihren Ratskeller. Die im Laufe dieses Jahres im neuen Rathaus eingerichtete Ratskellerwirtschaft wurde am Sonnabend dem öffentlichen Verkehr übergeben. Damit erstreckt eine Einrichtung wieder zum Leben, die in der Geschichte der Stadt und ihres Rathauses bis in das 15. Jahrhundert zurückreicht.

**Bad Elster.** Die hiesige Ortsgruppe des Verbandes deutscher Fremdenheime hat den Oberbürgermeister am Ende (Dresden) in Anerkennung seiner langjährigen Verdienste um Bad Elster einstimmig zu ihrem Ehrenmitglied ernannt.

**Das Programm Amerikas.** Paris, 18. Dezember. Der amerikanische Standpunkt in den Kreditplänen läßt sich nach dem „New York Herald“ wie folgt zusammenfassen: 1. Amerika läßt unter gewissen Voraussetzungen eine tätige Anteilnahme an der europäischen Politik eintreten. 2. Amerika ist bereit, eine Regelung vorzuschlagen, diese Bereitwilligkeit hängt jedoch von der Zustimmung Frankreichs ab. 3. Amerika ist der Ansicht, daß Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit zahlen muß, verlangt aber, wenn Deutschland nicht zahlen kann, daß diese Lasten aberkannt wird. 4. Amerika steht auf dem Standpunkt, daß eine Verdrängung Deutschlands mit Befreiung und wirtschaftlicher Erdoberholung des Welt schadet. 5. Amerika ist bereit, einen umfangreichen Privatkredit im Interesse Deutschlands zuzubereiten, 6. der Kredit ist zu garantieren unter teilweiser Anhebung der ersten Hypotheken, die die Alliierten auf Grund des Versailles Friedensvertrages besitzen. — Temps nennt die Anleihepläne Amerikas einen deutschen Versuchsalon, da Frankreich noch keinerlei Mitteilung darüber zugegangen sei.

**Der Standpunkt Bonar Lams.** London, 15. Dezember. Im Unterhaus erklärte Bonar Law bei der Debatte über die Reparationsfrage, alle seine Informationen gingen dahin, daß Deutschland einem Zusammenbruch sehr nahe sei. Großbritannien könne keiner Aktion gleichgültig zusehen, die wahrscheinlich zur Folge haben werde, daß keine Reparationen geleistet würden, und es schwierig, wenn nicht unmöglich machen würde, sie zu erhalten. Er hoffe, daß die britische und die französische Regierung die Zwischenzeit zu einem Meinungs-austausch benutzen würden, um einen gemeinsamen Weg zur Behandlung der Frage zu finden. — Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß die Erklärung Bonar Lams von einer ganz außerordentlich großen Mehrheit des englischen Parlaments von links und rechts angenommen worden ist, so daß man diese als den ernststen Eindruck des englischen Volkswillens seit einer Reihe von Jahren ansprechen kann.

**Lloyd George gegen Poincaré.** London, 16. Dezember. Lloyd George veröffentlicht heute seinen zweiten Artikel über die internationale Lage. Er bringt diesen Artikel in Form einer Antwort auf die Erklärungen, in denen Poincaré Frankreich gegen den Vorwurf, das linke Rheinfließ annektrieren zu wollen, in Schutz nimmt. Lloyd George erklärt sich bereit, für seine Anklagen tatsächliche Beweise zu liefern, und er weist darauf hin, daß vor allem bei den Friedensverhandlungen Marshall Foch darauf bestanden habe, den Rhein als natürliche und richtige Grenze zwischen Frankreich und Deutschland zu setzen. Lloyd George erklärt zum Schluß, daß er Frankreich immer und trotz der Gefahr, im eigenen Lande Widerstand zu finden, unterstützt. Er sei ein Freund Frankreichs, auch wenn er seine gegenwärtige Regierung nicht billigen könne.

**Der polnische Staatspräsident Karutowitsch ermordet.** Warschau, 16. Dezember. Heute mittag wurde während der feierlichen Eröffnung der Kunstausstellung ein Anschlag auf den neuen Staatspräsidenten Gabriel Karutowitsch verübt, indem drei Schüsse auf ihn abgefeuert wurden. Staatspräsident Karutowitsch ist tot. Der Mörder ist ein Kunstmalers namens Eljasz Niewiadomski; er wurde verhaftet.

**Bayern gegen die verschiedenen Brotqualitäten.** München. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat Ministerpräsident von Knilling anlässlich der Konferenz der Ernährungsminister in Berlin den bayerischen Landwirtschaftsminister ersucht, nachdrücklich dafür einzutreten, daß dem viel beklagten Umfing der verschiedenen Qualität von freiem Brot und Markenbrot ein Ende bereitet wird.

**2 gut erhaltene Kadeisälitten und 1 Paar Schlittschuhe**  
verkauft Fortschhaus Reichardt

Allen hierdurch aufrichtigen Dank für die uns am **Bermählungstage** überbrachten und überbrachten Glückwünsche und Geschenke.  
Dippoldswalde.  
Bruno Jasockel und Frau Martha geb. Görner.

20 Mäpfer, fleißiger **Landwirtssohn als Wirtschaftsgehilfe** auf mittlerem Gut gel. Familienanschluß, Gehalt n. Uebereinkunft. **Pflicht, Golberode bei Dresden.** Tel. Arellha 76.

**Ihr alter Hut ersetzt einen neuen** durch Kräftigen, Färben und Umprägen in der **Färberei und chem. Waschanstalt F. Zeidler Nachf., Dippoldswalde**

**Neue Schneidbühne** (mit Ständer, Größe 42) und **Viegestuhl** zu verkaufen **Obertorplag 146, 11.**

**Schafwolle** taufe jeden, auch 11 Pohlen zum Höchstpr., auf Wunsch tausche pr. Stridgarne. **Horschmann, Dresden, Mathildenstraße 68.**

**Hausgrundstück** mit Garten zu kaufen gesucht. Angebote unter „3. 93“ an die Geschäftsstelle erbeten.

**Wittentarien :: C. Jehne**

Als **Weihnachtsgeschenke** empfiehlt z. noch günstigen Preisen **Stoffe** für Anzug, Cutaway, Kostüm, Hosen (gestreift), Schlüpfer, Gehrod, Ulster, Konfirmanten, Damen- u. Kindermäntel **Lina Mende, Freiburger Straße 23, 11.**

**Felle!** Hasen-, Kanin-, Ziegen-, Fuchs-, Warden-, Jitis- u. Wankowtsch-Felle, Schafwolle und Kohnhaare **kauft zu höchsten Tagespreisen Felle-Eintauschzentrale Dresden-A., Brunner Straße 22 I. Bahnfahrt wird vergütet.**

**Gut erhaltener Sportlirerwagen** zu verkaufen **Bahnhofstr. 225, 11.**

**Wer tauscht** Antostein gegen Brennholz? Antwort unter N. 6 200 postlagernd Schmiedeberg.

**Achtung!** Samstag bis Mittwoch eingelieferte Sachen werden bis zum Feste noch fertiggestellt!  
**Färberei und chem. Waschanstalt F. Zeidler Nachf., Dippoldswalde, gegenüber der Post.**

**Hohe Belohnung!** Ich habe denjenigen, der mir meinen Boxerhund, ein gelb und schwarz gestreift, welcher am Freitag entlaufen ist, wiederbringt, **Dawid Litrich, Fleischermeister, Schmiedeberg, Telephon 32**

**Weidengenossenschaftsanteile** **Brud Jara s.dorf ev. auch Sünnersdorf** kauft zum höchsten Tagespreise. **Offerten unter Chiffre „E. F.“ an die Geschäftsstelle.**

**Betrifft Kadaverbeseitigung!** Laut Polizeiregulation der Amtshauptmannschaft Dippoldswalde sind alle vrenndeten, togebornen, während d-m Vrennden getödeten, sowie alle d-m Hiesigebau genuhuntauglich erklärten **Tiere und Tierstöße** der Fleischmehlfabrik Dippoldswalde (Tel. 162) zur unschädlichen Beseitigung sofort anzugeben und erloigt **hohe Bezahlung der Kadaver** den jeweiligen Säutepreisen entsprechend, nach behördlich festgelegten Sätzen.

**Belohnung.** Jede andere Beseitigung oder Verwertung, sowie das Wdhanten der Kadaver ist bei Strafe verboten. Ich zahle demjenigen, welcher mir Uebertretungsfälle meldet, so daß eine Bestrafung erfolgt: **100.—** bei Verden und Kindern (Grohohle), **50.—** für Kleinvieh des Pferde- und Rindergeschlechtes, **100.—** bis **400.—** für alle übrige Kleintiergattung gen

**Fleischmehlfabrik Dippoldswalde.** **Karl Doppel, Dippoldswalde. — Tel 162.** Programme, Eintrittskarten usw. druckt **Carl Jehne.**

**Zeitungsboten** nach **Zeifersdorf** **Geht. Zu melben** Geschäftsstelle der „**Wißerich-Zeitung**“.

**Montag mittag (im Anzeigeb.)**  
**Kollar 5900—5950**  
**Eschische Aroue 150**

**Verlobungs- Vermählungs-** Anzeigen **druckt sauber und schnell die Druckerei dieses Blattes die einzige Buchdruckerei am Orte** **Fernruf 3**

